

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 21. November 2024

Sophia Schiebe

Fachkräftemangel: Der Günther-Regierung fehlen nachhaltige Lösungen

TOP 38: Gemeinsame Beratung

a) Prognose des Fachkräftebedarfs in Kindertageseinrichtungen

b) Fachkräfte- und Ausbildungssituation sowie

Umsetzungsstand von Strategien zur Fachkräftegewinnung im Bereich von Kindertageseinrichtungen, Ganztagsbetreuung und Jugendhilfe (Drs. 20/1606(neu), 20/2348, AltA 20/1421, 20/2433)

"Beginnen möchte ich meine Rede mit den meiner Meinung nach wichtigsten Erkenntnissen aus den beiden Berichten. Bis 2030 wird der Bedarf an Fachkräften in Kindertageseinrichtungen dramatisch ansteigen. Gleichzeitig geht die Zahl der verfügbaren Fachkräfte zurück, unter anderem durch Renteneintritte, mangelnden Nachwuchs und die wachsenden Anforderungen im Bereich frühkindlicher Bildung.

Der Bericht zur Fachkräfte- und Ausbildungssituation ergänzt dieses Bild um weitere Details: Trotz erster Ansätze zur Fachkräftegewinnung – wie der Ausbau der praxisintegrierten Ausbildung, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder der Versuch, Quereinsteiger*innen zu gewinnen – bleiben diese Maßnahmen hinter den Erwartungen zurück. Die Ausbildungszahlen reichen nicht aus, die Arbeitsbedingungen sind vielerorts unattraktiv, und die Umsetzung der Strategien wirken oft uneinheitlich.

Und hier setzt auch meine erste Kritik an. Sie richtet sich an die fehlende Verbindlichkeit der bisherigen Maßnahmen. Zwar werden in den Berichten Strategien wie die Verkürzung von Ausbildungszeiten oder die Stärkung PiA- Ausbildungsmodelle erwähnt. Doch die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt oft schleppend, uneinheitlich und vor allem ohne klare Zielvorgaben. Es reicht nicht, gute Ideen auf den Weg zu bringen – wir brauchen klare Fristen, messbare Ziele und eine zentrale Koordination.

Positiv hervorzuheben ist, dass es nun endlich eine Fachkräftevorausberechnung geben soll. Es geht also doch. Mit den Ergebnissen dürfen wir wohl Ende 2025 rechnen. Es zeigt sich auch an dieser Stelle. Oppositionsarbeit wirkt.

Die beiden Berichte konzentrieren sich stark auf kurzfristige Maßnahmen wie zum Beispiel die Gewinnung von Quereinsteiger*innen. Während solche Ansätze helfen können, die akuten Engpässe zu lindern, fehlt ein umfassender Plan für nachhaltige Lösungen.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wird als zentrale Maßnahme benannt. Doch die Praxis zeigt, dass die bürokratischen Hürden und die langwierigen Verfahren viele potenzielle Fachkräfte abschrecken. Einheitliche Standards und eine schnellere Abwicklung sind dringend notwendig, um diese Zielgruppe besser einzubinden. Vielleicht ist auch angebracht die Personalqualitätsverordnung erneut anzufassen.

Und um das nochmal in Verbindung zu setzen, gehen die Berichte nur unzureichend auf die Anforderungen einer zunehmend diversen Gesellschaft ein. Insbesondere die Gewinnung von Fachkräften aus verschiedenen kulturellen und sozialen Kontexten wird zwar als Ziel formuliert, jedoch fehlen konkrete Ansätze, um diese Gruppen gezielt anzusprechen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Beide Berichte heben zwar hervor, dass Arbeitsbedingungen und Vergütung eine Rolle spielen, setzen hier jedoch zu wenig an. Der Beruf in Kindertageseinrichtungen, der Ganztagsbetreuung und der Jugendhilfe wird von Fachkräften häufig als belastend und wenig wertgeschätzt wahrgenommen.

Also warum nicht die Helfenden Hände zusätzlich zum Fachpersonal in den Kitas finanzieren oder wie vom „Aktionsbündnis Kindeswohl“ schon seit langem gefordert, wäre es mal angebracht, die Kinder- und Jugendeinrichtungsverordnung anzupassen. Zumindest könnte die Sozialministerin nochmal als Moderatorin vermitteln und dafür sorgen, dass wir endlich wieder einen Landesrahmenvertrag für unsere Jugendhilfeeinrichtungen haben.

Wir haben steigende Anforderungen durch pädagogische und administrative Aufgaben. Die Entlohnung ist an vielen Stellen unzureichend und führt zu einem Attraktivitätsverlust dieser Berufe. Ohne spürbare Verbesserungen der Gehälter, Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten werden die Bemühungen um Fachkräftegewinnung also nicht erfolgreich sein.

Bei keinem der beiden Berichte wird der Fachkräftemangel im ländlichen Raum hinreichend adressiert. Hier sind aber spezifische Maßnahmen erforderlich, um dem Wegzug junger Fachkräfte entgegenzuwirken und Anreize für die Arbeit in strukturschwachen Regionen zu schaffen.

Und was auch nicht in beiden Berichten erwähnt wird, ist die Abbruchquote in den jeweiligen Ausbildungsgängen. Ich habe mir aber die Mühe gemacht und beim Bildungsministerium nachgefragt und die Zahlen sind dramatisch: 28,82% aller angehenden sozialpädagogischen Assistenzen vollenden ihre Ausbildung nicht, 20,77% der Heilerziehungspflege und 17,54% bei den Heilpädagog*innen und 14,86% bei den Erzieher*innen. Das sind Durchschnitt, wenn man alle Ausbildungsgänge zusammennimmt, ca. 1/5, die nicht ihre Ausbildung beenden und uns auf diese Weise als Fachkräfte verloren gehen. Warum spricht die Landesregierung darüber nicht ihren Berichten und viel wichtiger, warum tut sie, zumindest so wie es aussieht, nichts dagegen? Ich fordere einen runden Tisch mit allen dazugehörigen Berufsschulen, um in Erfahrung zu

bringen, warum die Zahlen so hoch sind und was getan werden muss, damit die Abbruchquote zu verringern. Die Schulen dort alleine zu lassen, halte ich für verantwortungslos.

Es bleibt also trotz erster Bemühungen, reichlich zu tun. Das zeigen uns die beiden Berichte, das zeigt uns die bisherige Arbeit der Landesregierung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit."